

Antrag

**der Abgeordneten Jan Quast, Hans-Christoff Dees, Werner Dobritz,
Barbara Duden, Dr. Martin Schäfer, Rüdiger Schulz, Dr. Dorothee Stapelfeldt,
Karin Timmermann, Carola Veit (SPD) und Fraktion**

Betr.: Instandsetzung von Fuß- und Radwegen

Hamburgs Geh- und Radwege befinden sich zum Teil in einem katastrophalen Zustand. Deshalb sind die Bezirksämter dazu übergegangen, Hinweisschilder mit dem Text: „Stolpergefahr! Unebener Weg“ aufzustellen. Insgesamt befinden sich in Hamburg rund 600 solcher Schilder, davon allein 303 im Bezirk Eimsbüttel, wie sich aus der Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 18/1766) ergab. Es ist absehbar, dass bald in allen Hamburger Stadtgebieten weitere Wege als Stolperfallen ausgeschildert werden müssen, um Unfälle zu vermeiden.

Über eine Ausbesserung dieser Stolperfallen entscheiden die Bezirksämter im Rahmen ihrer jeweiligen Tiefbauprogramme. In Anbetracht des Umstandes, dass die Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege von jährlich 14,410 Mio. Euro in 2003 auf 6,818 Mio. Euro in 2005, folglich um mehr als 50 % gekürzt wurden, verbleibt den Bezirksämtern jedoch kaum Entscheidungsspielraum. Zudem wurden seit letztem Jahr die Mittel für Radwege von 1 100 000 Euro auf lediglich 200 000 Euro gekürzt.

Im Gegenzug möchte der Stadtentwicklungssenator für 11 Mio. Euro öffentliche Plätze renovieren lassen. Die Ankündigung dieser in der Sache sinnvollen Maßnahmen erfolgte praktisch zeitgleich mit der Ankündigung, dass für die dringend notwendige Ausbesserung der Geh- und Radwege das Geld fehle und deshalb Schilder aufgestellt würden. Begründet wurde das 11-Millionen-Programm u. a. mit der Aussage, die Maßnahme verbessere die Lebensqualität, die in Hamburg vor der Haustür beginne.

Sichere Fuß- und Radwege gehören genauso zu einem attraktiven Stadtbild und steigern ebenso die Lebensqualität, die in Hamburg vor der Haustür beginnt, wie schöne Plätze. Durch eine Vernachlässigung der Fuß- und Radwege wird die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer, der älteren Bürgerinnen und Bürger und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen fahrlässig gefährdet sowie das Umsteigen auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel Fahrrad unattraktiv gemacht.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. In einem ersten Schritt werden die Mittel für die Radwege im laufenden Jahr um insgesamt 500 000 Euro und 2006 um 1 Mio. Euro heraufgesetzt (Titel 6300.741.02 auf 400 000 Euro bzw. 600 000 Euro und Titel 6300.741.82 auf 300 000 Euro bzw. 600 000 Euro). Die Deckung erfolgt aus dem Titel 6300.771.08.
2. Der Senat wird ersucht:
 - 2.1 Mittelfristig für die Fuß- und Radwege die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, damit sie keine Unfallgefahren mehr darstellen.

2.2 Der Bürgerschaft mitzuteilen,

- welche Kosten jeweils in den einzelnen Bezirken entstehen, um die Fuß- und Radwege, die bisher in den Bezirken mit den Hinweisschildern: „Vorsicht: Unebener Weg!“ ausgeschildert wurden, instand zu setzen.
- wie hoch die Kosten für die Herrichtung der Fuß- und Radwege zu beziffern sind, die auf Grund ihrer unzureichenden Wegequalität dringend hergerichtet werden müssen, damit Unfälle und weitere Kosten für das Aufstellen derartiger Hinweisschilder vermieden werden können.

2.3 Der Bürgerschaft bis zum 31.08.2005 zu berichten.